

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Gerhard Schmid MdEP weist auf einen mehrheitsfähigen SPD-Vorschlag zur Behebung der Katalysator-Probleme hin.

Seite 1

Egon Lutz MdB interpretiert die jüngsten Nürnberger Arbeitsmarktdaten: Die Regierung lügt.

Seite 3

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, erzählt, wie der real existierende Byzantinismus am Hofe Helmut Kohls in die Zeitungsredaktionen überschwappte.

Seite 5

Frank Beucker MdL erläutert die Absichten des neuen hessischen Energiegesetzes.

Seite 8

39. Jahrgang / 191

3. Oktober 1984

Katalysator-Auto: Bonns schwache Position

Auch Genscher-Pressekonferenzen helfen nicht weiter

Von Gerhard Schmid MdEP
Mitglied des EP-Umweltausschusses

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat seine europäischen Hausaufgaben nicht gemacht. Der Widerstand einiger EG-Länder gegen eine frühzeitige Einführung des Katalysator-Autos war vorhersehbar. Auch die Position des "notfalls allein" ersetzt Verhandlungen nicht. Die Rettung des deutschen Waldes muß Chefsache sein.

Daß Zimmermann erst Ende September daran dachte, mit den Franzosen, Briten und Italienern über den Katalysator zu reden, ist mehr als dilettantisch. Dies kann auch durch Pressekonferenzen von Außenminister Genscher und Simone Veil nicht ausgebügelt werden.

Bei den Verhandlungen mit unseren EG-Partnern dürfen deren objektive Schwierigkeiten nicht übersehen werden. Die italienische Autoindustrie hat zwar erklärt, sie könne sofort Pkw mit Katalysatoren produzieren. Aber die Franzosen und Briten haben technische Schwierigkeiten. Vor allem aber weisen sie richtig darauf hin, daß ein



Tempolimit in der Bundesrepublik sofort die Stickoxide in den Autoabgasen um 20 Prozent verringern würde. Wer diese einfache Maßnahme selbst nicht einführen will und gleichzeitig von den Partnern Opfer verlangt, ist unglaubwürdig.

Die Position von Zimmermann gegenüber den EG-Partnern ist auch deshalb schwach, weil sie genau wissen, daß ein Handelskrieg in Europa für die Bundesrepublik erhebliche Nachteile hat. Denn für uns steht dann ein Automobilexportüberschuß von zehn Milliarden DM im Jahr auf dem Spiel.

Ein realistischer Ansatz muß die Interessen der Partner mit einrechnen. Zimmermann sollte den Vorschlag der SPD-Europaabgeordneten aufgreifen, der die Einführung der US-Abgasnorm zum 1. September 1986 vorsieht, aber für kleinere Hubraumklassen bis 1989 Ausnahmen ermöglicht.

Die Beweislast für die Notwendigkeit der Ausnahme liegt beim Hersteller. Eine steuerliche Begünstigung soll den Anreiz schaffen, die Ausnahmegenehmigung nicht zu beantragen. Dieser Vorschlag führt den Katalysator 1986 überall dort ein, wo dies technisch möglich ist. Und er erzwingt die Umstellung unter Einrechnung objektiver Schwierigkeiten unserer Partner. Der Ansatz der SPD-Europaabgeordneten hat deshalb große Chancen, im Parlament mit breiter Mehrheit verabschiedet zu werden. Zimmermann sollte sich die entsprechende Debatte im Europaparlament anhören. Denn er braucht Nachhilfestunden in Sachen Europa. (-/3.10.1984/ks/rs)

+ + +



Diese Regierung belügt die Öffentlichkeit

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats September 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

In diesen Tagen läuft die Propagandamaschinerie der Unionsparteien wieder einmal auf Hochtouren. Anlaß ist das Zwei-Jahres-"Jubiläum" der Rechtskoalition.

Die Republik wurde bereits mit einer Acht-Seiten-Hochglanz-Zeitungsbeilage "Wir Deutsche haben gut gearbeitet" überschwemmt. Eine Zeitung "CDU Extra" und mehrere Faltblätter, Broschüren und eine sogenannte Wandzeitung werden folgen.

Allen gemeinsam ist die frohe Kunde, daß nach zweijähriger "Wende" alles viel besser geworden sei in der Bundesrepublik; Originalzitat: "Unsere Arbeitsergebnisse von nur zwei Jahren sind ein Erfolg, der Mut macht für die kommenden Jahre ... Wir Deutschen sind auf dem richtigen Weg."

Ein wichtiger Bestandteil dieser Kampagne von CDU/CSU ist eine arbeitsmarktpolitische Bilanz, die auch im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf unter der Überschrift "Das sind die Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl" ihren Weg in die Briefkästen der Wähler fand.

Nur wie das Wahlergebnis vom Sonntag zeigt, die Wähler glauben dieser Regierung nicht - sie haben allen Grund dazu.

Denn: diese Regierung belügt die Öffentlichkeit! Es gibt keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Seit Februar steigt die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl. Monat für Monat. Berücksichtigt man in der Statistik die entmutigten Arbeitslosen der sogenannten Dunkelziffer mit, ist die Drei-Millionen-Grenze seit langem bereits weit überschritten.

Diese Regierung weiß dies, doch sie mißbraucht die Statistik Monat für Monat aufs Neue zur Täuschung der Öffentlichkeit!

Und wohl auch am heutigen Tage, an dem die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsmarktdaten für den September 1984 veröffentlicht, wird dies nicht anders sein.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im September, wie immer um diese Jahreszeit, um 58.300 oder drei Prozent auf 2.143.500 zurückgegangen. Das sind knapp 10.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr, womit zum wiederholten Male in diesem Jahr ein Negativ-Rekord der Arbeitsmarktstatistik erreicht wurde.

Präsident Franke spricht angesichts dieser Zahlen, rosaroten Nebel verbreitend, von einem "leichten Lichtblick am Arbeitsmarkt" und ist nach siebenmonatigem Ansteigen der saisonbereinigten Zahlen offensichtlich schon froh, daß wenigstens dies im September 1984 nicht erneut konstatiert werden muß.

Widerspruch fordert allerdings seine These heraus, gegenwärtig belaste vor allem die Entwicklung in der Bauwirtschaft den Arbeitsmarkt.



Belastet wird der Arbeitsmarkt in erster Linie durch diese Bundesregierung, die unverändert in der Arbeitsmarktpolitik untätig bleibt und abwartet, daß alles noch viel Schlimmer wird.

Bereits im nächsten Monat wird sich diese Entwicklung erwartungsgemäß einstellen: Im Oktober 1984 wird voraussichtlich die Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen wieder überschritten werden.

Die Bundesanstalt baut klugerweise vor: "Vorübergehende Sondereinflüsse können die Entwicklung in den Herbstmonaten beeinflussen", doch leider ist diese Bundesregierung kein "Sondereinfluß" - "vorübergehend" allerdings ist sie (im Amt bis 1987).

Für Männer lag im September 1984 die Arbeitslosenquote bei 7,7 Prozent (Vorjahr 7,6 Prozent), für Frauen erreichte sie 10,2 Prozent (wie im Vorjahr).

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im dritten Quartal 1984 auf 942.000 (zwei Prozent mehr als in der gleichen Zeit 1983). Betroffen sind hier unverändert vor allem die vielen Berufsanfänger, die nach Abschluß ihrer Ausbildung vergeblich einen Arbeitsplatz suchen: 69.800 nach Abschluß einer betrieblichen Ausbildung (+ 13 Prozent gegenüber 1983) und 95.000 nach Abschluß einer Berufs- oder allgemeinbildenden Schule (+ fünf Prozent).

Die Zahl der Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit lag im dritten Quartal bei 911.200 (- ein Prozent gegenüber 1983).

Die Zahl der Arbeitsvermittlungen belief sich im September 1984 auf 149.200 und lag damit um sieben Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Ende September gab es 90.500 Stellenangebote, 16 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von August auf September wieder zu um 50.300. Insgesamt wurden im vergangenen Monat 262.400 Kurzarbeiter gezählt, wobei neben einer erfreulichen Entwicklung im Maschinenbau (20.400), in der Elektrotechnik (18.400), im Straßenfahrzeugbau (7.200) und in der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (7.200) aber auch eine besorgniserregende Entwicklung in der Bauwirtschaft festzustellen ist (32.800 und damit + 61 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die meisten Kurzarbeiter gab es weiterhin im Bergbau (93.300).

Nach Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit lag die Zahl der Arbeitslosen in den Metall- und Elektrikerberufen Ende September um neun Prozent unter dem Vorjahresstand (September 84: 338.600), während 14.400 offene Stellen gemeldet waren.

Bei den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen waren 27.000 Arbeitslose und 6.000 offene Stellen gemeldet.

Kaum Veränderungen gab es in den Textil- und Bekleidungsberufen, bei den Warenkaufleuten, in den Büro- und Verwaltungsberufen, den Gesundheitsdienstberufen sowie in den sozialen und geisteswissenschaftlichen Berufen. Mit anderen Worten: auch hier keine Besserung.

Es wird daher auch in diesem Monat ein wohl gehütetes Geheimnis bleiben, woher CDU/CSU/FDP bei der Betrachtung des Arbeitsmarktes ihren regierungsamtlichen Optimismus nehmen.
(-/3.10.1984/ks/va)

+ + +



Mein Gott, Helmut

Vom real existierenden Byzantinismus am Hofe Kohls

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Vorgeführt wird: Ein wahres Stück vom realen Byzantinismus am Hofe Helmut Kohls.

Mitwirkende: Das Bundespressesamt unter der Regie von Peter Boenisch.

Das Stück beruht auf einer verbürgten Geschichte, die Personen sind nicht frei erfunden.

Folgendes geschah: Die Chefredaktionen angesehenere deutscher Zeitungen sowie von Rundfunk- und Fernsehanstalten erhielten dieser Tage wieder einmal Post aus Bonn. Absender: das Bundespressesamt. Inhalt: 18 Seiten bedrucktes Papier zum Thema "Zwei Jahre Bundeskanzler Kohl im Spiegel der ausländischen Presse".

Zur Wahrheit gehört an dieser Stelle die Feststellung, daß solche Postwurfsendungen aus Bonn keine Erfindung des amtierenden Regierungssprechers sind, sondern auch zu sozial-liberalen Regierungszeiten üblich waren. Ziel: Die Chefredaktionen über den in Bonn auf dem Markt befindlichen Stoff hinaus mit Hintergrundinformationen über wichtige politische Ereignisse zu versorgen. So weit, so legal.

Das neue an Peter Boenischs Postsendung - und insofern leider charakteristisch für die Arbeitsweise des Bundespressesamtes unter seiner Leitung - ist, daß jener "Spiegel der ausländischen Presse" a) so überflüssig ist wie der bewußte Kropf, weil man unterstellen darf, daß Chefredakteuren auch sonst gelegentlich ausländische Zeitungen in die Hände gelangen, und b) daß dieser "Spiegel" den erwachsenen Empfängern gewissermaßen amtlich weiszumachen versucht, "die ausländischen Medien beurteilen Bundeskanzler Kohl durchweg positiv" (Zitat).

Im juristischen Sprachgebrauch nennt man so etwas eine "schriftliche Lüge" (Betrug i.S.d. Strafgesetzbuches scheidet aus, der der Täter an der Spitze des Bundespressesamtes nicht mit einem vermögenswerten Vorteil rechnen konnte und sicher auch nicht gerechnet hat). Denn jedermann, der es wissen möchte, weiß natürlich, daß es nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland - im westlichen, wohlgemerkt - viele kritische Stimmen über den amtierenden Helmut gibt, und daß sich diese kritischen Stimmen mehren und mehren: (Das ist vermutlich auch der Grund, weshalb Peter Boenisch in seiner Stimmsammlung das Jahr 1984 ziemlich ausblendete, hier gab es buchstäblich fast nichts Positives mehr zu finden!)

Zur Ehrenrettung der von Boenisch freiwillig und unfreiwillig Beteiligten sei allerdings hinzugefügt, daß es in dem von ihm - man muß es so hart sagen: zum Verblödungsinstrument erniedrigten Bundespressesamt so etwas wie würgenden Widerwillen gegen die peinliche Propagandaschulze gegeben hat (Zitate beamteter Zeitzeugen, jedweder Couleur übrigens, müssen hier aus naheliegenden Gründen leider unterdrückt werden). Und: Unsere Nachforschungen ergaben, daß die Sendung in den beehrten Chefredaktionen keine bleibenden Schäden hinterließ, sie landete zumeist sofort in den Papierkörben.



Jedoch: Das Geld, das diese Aktion kostete, kann man noch leicht verschmerzen. Unverzeihlich hingegen ist die Art und Weise, in der in diesen Zeiten einer niedergehenden Regierung Kohl Ruf, Ansehen und Ehre des Bundespresseamtes und seiner Mitarbeiter verschleudert werden.

Wer lügt, sagt der Volksmund, hat's nötig.

Mein Gott, Helmut!

Nachtrag: Der Glaubwürdigkeit des Stückes wegen zitieren wir im folgenden das Anschreiben des Bundespresseamtes an die Chefredaktionen. Um des Kontrastes willen stellen wir anschließend einige wenige Pressestimmen aus der Peter-Boenisch-Sammlung und unserem Archiv gegenüber:

Anschreiben des Bundespresseamtes:

Zwei Jahre Bundeskanzler Kohl im Spiegel der ausländischen Presse

Anlässlich der Halbzeitbilanz der Bundesregierung sind einige Pressestimmen über die Tätigkeit von Bundeskanzler Kohl seit seinem Amtsantritt zusammengestellt worden. Die ausländischen Medien beurteilen Bundeskanzler Kohl durchweg positiv. In fast allen Beiträgen wird immer wieder sein persönliches Engagement in allen politischen Bereichen gelobt. Dabei fehlt es nicht an Attributen wie 'solide' und 'beharrlich'.

Politisch bemerkenswert sind einige Bewertungen: Während LE MONDE meint, Helmut Kohl sei es gelungen den Platz von Helmut Schmidt einzunehmen, weist die WASHINGTON POST darauf hin, daß Bundeskanzler Kohl Mißverständnisse korrigiert habe, die unter seinem Vorgänger entstanden seien.

Insgesamt gesehen sind sich alle Medien darin einig, daß der 'neue Bundeskanzler' sowohl innen- als auch außenpolitisch ein Faktor neu gewonnener Stabilität für die Bundesrepublik Deutschland und die Welt ist."

"Kohls Bewunderer mögen sein geselliges, volkstümliches Image; sie nennen ihn liebevoll wegen seines dunklen Teints und des einstmaligen schwarzen Haares den 'schwarzen Riesen'. Doch was noch wichtiger ist - Kohl läßt sich von Niemandem zum Narren halten". (Newsweek 11.10.1982 / Boenisch)

"Kohl sprach viel von der 'geistig-moralischen Wende'. Die üble Spendenaffäre scheint eine solche Wende zu nehmen, aber nicht in Kohls Sinn.. Das Patent des Regierungstriumvirats Kohl, Genscher und Strauß... erlitt den Reifall der Saison". (Kurier, Wien, 16./18.5.1984)

"Die Westdeutschen haben mit ihren Bundeskanzlern meistens Glück gehabt und Helmut Kohl ist der richtige Mann für die heutige Lage: beharrlich, solide, nicht flatterhaft". (Jewish Chronicle, 13.1.1984 / Boenisch)

"Langsam werden die Politaffären zum politischen Mühlstein am Halse des deutschen Bundeskanzlers". (Die Presse, Wien, 17.5.1984)



"Der Elefant vom Rhein, Dr. Kohl steht nicht nur fest auf seinen Beinen, sondern setzt sich auch in den Meinungsumfragen nach Art des physischen Giganten durch..". (The Guardian, 7.3.1984 / Boenisch)

"In dieser Situation stürzt sich Bundeskanzler Helmut Kohl in die Arena - wie ein Elefant in den Porzellanladen. Als erster Kanzler seit 18 Jahren hält er gerade in der gegenwärtigen Situation die Zeit gekommen, beim Heimattreffen der Vertriebenen in Braunschweig aufzutreten". (Arbeiterbladet, Oslo, 5.9.1984)

"Kohl: Wie ein Elefant im Porzellanladen in Israel". (Haagsche Courant, 31.1.1984)

"Kohls Mannschaft. Wenn auch Herr Kohl gelegentlich sowohl von der Opposition als auch von der westdeutschen Presse wegen eines losen Regierungsstils angegriffen wird, so hat seine Regierung doch bis jetzt größere Desaster vermieden. Herr Kohl wäre sicherlich der erste, der der Ansicht zustimmen würde, daß der Erfolg seiner Regierung teilweise auf der harten geleisteten Arbeit seiner persönlichen Berater, einer ausgesuchten Gruppe von Männern und einer Frau beruht, die den inneren Zirkel im Kanzleramt bilden". (The Economist, 1.9.1984 / Boenisch)

"Kohl ist in Gefahr, als jemand dazustehen, der seine Regierung nicht zu führen weiß - und diese Kritik wurde letzten Endes häufig geäußert. Es wird gesagt, er wisse nicht, was seine Minister tun und umgekehrt. Nach Ansicht seiner Kritiker ist die deutsche Regierung praktisch führungslos". (Observer, 5.2.1984)

Und: "Sie, nicht daß Sie glauben, im Kanzleramt herrsche organisiertes Chaos. Dort herrscht das chaotische Chaos". (Franz Josef Strauß, Spiegel, 28.5.1984)

PS: Sollte, was angesichts der Lage nicht mehr auszuschließen ist, im Bundespresseamt jedes kritische gedruckte Wort über den amtierenden Kanzler vernichtet worden sein, so steht das Archiv der SPD selbstverständlich jederzeit jedermann - auch Peter Boenisch - zur Einsicht offen. (-/3.10.1984/ks/va)

+ + +



Hessen bekommt das erste "Energiegesetz" in der Bundesrepublik

Wir ziehen die Konsequenzen aus der Umweltdiskussion der vergangenen Jahre

Von Frank Beucker MdL

Den Entwurf eines Gesetzes "über sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung in Hessen" haben die Fraktionen der SPD und GRÜNEN im Hessischen Landtag eingebracht. Mit seiner Verabschiedung - voraussichtlich im Dezember 1984 - soll die Energiepolitik in Hessen einen neuen Stellenwert erhalten. Aufbauend auf den Erkenntnissen und Einsichten aus der Energie- und Umweltdiskussion der vorangegangenen Jahre wollen SPD und GRÜNE den Ausbau der dezentralen Energieversorgung, die rationelle Energieverwendung und das Energiesparen in der bis Ende 1987 reichenden Legislaturperiode so schnell wie möglich vorantreiben.

Der vorgelegte Gesetzentwurf hat programmatischen Charakter, da er sowohl die energiepolitischen Zielsetzungen Hessischer Energiepolitik enthält, als auch die wesentlichen Instrumente nennt, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

Für die SPD steht die Kommunalisierung der Energiepolitik und die Stärkung der kommunalen Eigenbetriebe und -gesellschaften im Vordergrund. Die Landesregierung ist deshalb aufgefordert, die rechtlich gegebenen Handlungsspielräume der bestehenden bundesrechtlichen Vorschriften des Energierechts, des Kartellrechts und verwandter Rechtsgebiete so zu nutzen, daß kommunale Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieversorgung gefördert werden.

Der Gesetzentwurf regelt im einzelnen die Förderung des Energiesparens im Wohnungsbestand, das Energiesparen in landeseigenen Einrichtungen, die Förderung von dezentralen Energienutzungsanlagen, die Förderung von Forschung und Entwicklung und von Pilot- und Demonstrationsanlagen und die Förderung von Energiekonzepten, Energieberatung und Bürgerbeteiligung.

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN haben sich darauf verständigt, daß in den ersten vier Jahren der Laufzeit dieses Gesetz für die Förderung von dezentralen Energienutzungsanlagen, von Forschung und Entwicklung und von Pilot- und Demonstrationsanlagen und von Energieberatung und Bürgerbeteiligung ein Bewilligungsvolumen von 380 Millionen Mark anvisiert wird. (-/3.10.1984/ks/va)

+ + +

